

Die Grünen und Unabhängigen, Marktplatz 22, 72764 Reutlingen

**Frau
Oberbürgermeisterin
Barbara Bosch
Marktplatz 22
72764 Reutlingen**

Fraktion
Die Grünen und Unabhängigen
im Reutlinger Gemeinderat

Marktplatz 22
72764 Reutlingen

Fon 07121-303-2312

Fax 07121-372 510

E-Mail:

fraktion@gruene-unabhaengige-rt.de

GRÜNE
unabhängige

Reutlingen, den 16. März 2010

**Unsere Anträge zur Energiepolitik vom 11. Dezember 2009 / Energieszenario 2030 –
hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien / Energie in Bürgerhand /
Ihr Schreiben vom 23. Dezember 2009**

Sehr geehrte Frau Bosch,

Sie haben unsere beiden Anträge zur Weiterentwicklung der Energieversorgung unserer Stadt abgelehnt. Wir können Ihre Antwort nicht in jeder Hinsicht nachvollziehen, da der Brief mit früheren Antworten wortgleich ist, obwohl die Anträge Hinweise auf die Rechtslage – anders als in früheren Anträgen - enthalten, auf die Sie nicht eingehen.

Uns ist jedoch die Zielsetzung einer nachhaltigen Energieversorgung so wichtig, dass wir auf eine formale Auseinandersetzung verzichten und nach Inanspruchnahme von Beratung die Anträge in formaler Sicht anpassen.

Nach § 14 des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke GmbH hat die Gesellschafterversammlung die ihr durch Gesetz und den Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Befugnisse.

In § 14 Absatz 2 heißt es in Punkt 2, dass die Gesellschafterversammlung über neue Aufgaben im Rahmen des Unternehmensgegenstandes beschließt. In § 2 dieses Gesellschaftsvertrags heißt es: „Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, ...“

Wir stellen deshalb folgende **Anträge**:

1.) In §14 des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke soll vor diesem Hintergrund als weitere Aufgabe der Gesellschafterversammlung aufgenommen werden:

Erfassung der Potentiale der regenerativen Energien sowie Darstellung in einem Szenario.

Zur weiteren inhaltlichen Begründung siehe unseren Antrag vom 11. Dezember 2009, der diesem Schreiben als Anlage 1 beiliegt.

2.) Zu § 14, Ziffer 8 des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke soll die Gesellschafterversammlung folgende Entscheidung treffen:

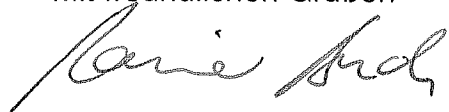
Beitritt der Stadtwerke (Stadtwerke - Konzern) zur Genossenschaft „Energie in Bürgerhand“

Zur weiteren inhaltlichen Begründung siehe unseren Antrag vom 11. Dezember 2009, der diesem Schreiben als Anlage 2 beiliegt.

Es handelt sich jeweils um eine Aufgabe von besonderer Bedeutung, bei der die Gesellschafterversammlung die grundsätzliche Ausrichtung beschließen soll. Unbestritten ist, dass die operative Umsetzung dann Aufgabe der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates ist. Der Geschäftsführer ist nach § 37 Abs. 1 GmbHG an die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung gebunden. Die Oberbürgermeisterin soll vom Gemeinderat als Hauptorgan des Gesellschafters eine Weisung für ihr Abstimmungsverhalten erhalten.

3.) Die Oberbürgermeisterin wird entsprechend der Ziffern 1 und 2 beauftragt, sich in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke einzusetzen. Dies bedeutet ebenfalls ein entsprechendes Verhalten in der Gesellschafterversammlung der FairEnergie.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Buck
Fraktionssprecher

Anlagen: 2 Anträge vom 11. Dezember 2009

Anlage 1:

Die Grünen und Unabhängigen, Marktplatz 22, 72764 Reutlingen

**Frau
Oberbürgermeisterin
Barbara Bosch
Marktplatz 22
72764 Reutlingen**

Fraktion
Die Grünen und Unabhängigen
im Reutlinger Gemeinderat

Marktplatz 22
72764 Reutlingen

Fon 07121-303-2312

Fax 07121-372 510

E-Mail:

fraktion@gruene-unabhaengige-rt.de

GRÜNE
unabhängige

Reutlingen, den 11. Dezember 2009

Energieszenario 2030 – hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien

Sehr geehrte Frau Bosch,

hiermit stellen wir folgenden Antrag:

1.) Der Gemeinderat weist die Vertreterin des Gesellschafters Stadt Reutlingen Frau Oberbürgermeisterin Barbara Bosch an, sich in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke GmbH und der FairEnergie dafür einzusetzen, dass erneuerbare Energien im Sinne der Konzeption „Energieszenario 2030 – 100% Erneuerbare Energien für die Region Neckar Alb“ vom Verein zur Förderung regenerativer Energien SonnenEnergie Neckar - Alb e. V. ausgebaut werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass im Versorgungsgebiet der Stadtwerke / FairEnergie im Jahr 2030 eine Energie-Versorgung zu 100 Prozent über erneuerbare Energien stattfindet.

2.) Dazu soll ein Energieplan mit Maßnahmen, Finanzierung und möglichen Widerständen und Problemen vorgelegt werden. In diesem Zusammenhang soll auch dargelegt werden, welche Energiespeicherung für Energie-Konzepte auf der Basis der erneuerbaren Energien entwickelt werden könnten, um die Problematik der Grundlast zu lösen.

3.) Die Vertreterin der Stadt Frau Barbara Bosch legt einen Zeitplan für die Umsetzung dieses Szenarios dem Gemeinderat vor. Dabei soll insbesondere auch dargelegt werden, welche Bedeutung dieses Szenario für das Ziel einer „Wertschöpfung in der Region“ hat.

Begründung:

Angesichts der Erfordernisse aufgrund des Klimawandels und der zu Ende gehenden fossilen Brennstoffe ist es sinnvoll und verantwortlich rechtzeitig eine Strategie für eine Energieversorgung ohne Atomkraft und fossile Energieträger zu entwickeln. Wir können sehr dankbar sein, dass der Verein SonnenEnergie Neckar-Alb e.V. eine Konzeption für eine Versorgung im Jahr 2030 mit 100% erneuerbarer Energie vorgelegt hat. Deutlich wird, dass dies möglich ist, jedoch müssen Vorbereitungen frühzeitig begonnen werden.

Der Gemeinderat sollte sich als Vertreter des Gesellschafters Stadt der Stadtwerke mit dieser Zukunftsfrage befassen und Leitlinien für die weitere Unternehmensleitlinie der Stadtwerke / FairEnergie (Stadtwerke - Konzern) festlegen.

Uns ist die Konstruktion der Unternehmensbeteiligung von Stadt und Stadtwerke bzw. FairEnergie bewusst. Bei dieser wichtigen Zukunftsfrage der Daseinsvorsorge erscheint uns eine Befassung des Gemeinderats sinnvoll.

Wir bitten Sie, für das weitere Verfahren einen Weg vorzuschlagen, der rechtlich zulässig ist. Sollte unser Antrag einen rechtlichen Mangel haben, bitten wir um eine Auslegung unseres Antrags, der der Grundintention unseres Antrags Rechnung trägt.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Buck
Fraktionssprecher

Dieser Antrag gilt sinngemäß auch für die anderen zuständigen Gremien außer dem Gemeinderat. Wir bitten deshalb darum, den Antrag automatisch auch allen betroffenen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Dabei gilt die Antragstellung jeweils sinngemäß und auf die einzelnen Gremien in formal einwandfreier Form in übertragenem Sinne zugeschnitten.

Anlage 2:

Die Grünen und Unabhängigen, Marktplatz 22, 72764 Reutlingen

**Frau
Oberbürgermeisterin
Barbara Bosch
Marktplatz 22
72764 Reutlingen**

Fraktion
Die Grünen und Unabhängigen
im Reutlinger Gemeinderat

Marktplatz 22
72764 Reutlingen

Fon 07121-303-2312

Fax 07121-372 510

E-Mail:

fraktion@gruene-unabhaengige-rt.de

GRÜNE
unabhängige

Reutlingen, den 11. Dezember 2009

Energie in Bürgerhand

Sehr geehrte Frau Bosch,

hiermit stellen wir folgenden Antrag:

Die Stadt Reutlingen unterstützt die Aktion „Energie in Bürgerhand“ und tritt der gleichnamigen Genossenschaft bei. Sollte es sich als richtig erweisen, dass die Stadtwerke/FairEnergie (Stadtwerke - Konzern) Mitglied werden, weist der Gemeinderat die Vertreterin der Stadt Frau Oberbürgermeisterin Barbara Bosch an, sich in den zuständigen Gremien im Sinne des Antrags einzusetzen.

Begründung:

Die Genossenschaft „Energie in Bürgerhand“ wurde im Frühjahr 2009 mit der Absicht gegründet, Anteile an der von dem Energiekonzern Eon zum Verkauf stehenden Beteiligungsgesellschaft Thüga zu erwerben. Die Thüga AG wiederum hält 47% der Badenova-Anteile und ist bei rund 90 Stadtwerken Minderheitsgesellschafterin. Die Thüga AG war bisher eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Eon - Ruhrgas und ist mit mehr als 90 Minderheitsbeteiligungen an kommunalen Unternehmen das größte Netzwerk kommunaler Energieversorger in Deutschland.



Eine Gruppe von rund 45 kleineren Stadtwerken unter Führung der Badenova (KOM9), sowie die Stadtwerke Frankfurt, Hannover und Nürnberg haben kürzlich den Kaufvertrag über die Thüga AG unterzeichnet.

Am 12. August 2009 ist die Grundsatzentscheidung des Verkaufs der Thüga AG durch den Energieriesen E.ON an ein Konsortium von etwa 50 kommunalen Unternehmen bekannt gegeben worden. Die neue Thüga gehört in Zukunft „Enercity“ (Stadtwerke Hannover AG), „Mainova“ (Frankfurt) und „N-ERGIE“ (Nürnberg) zu jeweils rund 20,75 Prozent und der Stadtwerkegruppe "KOM9" zu 37,75 Prozent. In der KOM9 haben sich mehr als 45 kommunale Versorgungsunternehmen aus ganz Deutschland - von Aue bis Wiesbaden - zusammengeschlossen.

„Energie in Bürgerhand e.G.“ ist seit mehreren Monaten in vertrauensvollen Gesprächen mit Badenova-Vorständen, um einen Weg zur Beteiligung der Genossenschaft an der Thüga AG bzw. der KOM9 auszuloten. Die bisherigen Einzahlungen und Zusagen für das Treuhandkonto bei der „Energie in Bürgerhand“ belaufen sich auf über 20 Mill. Euro. Momentan wird eine zweite Kampagne vorbereitet, um weitere Genossenschaftsanteile einzuwerben.

Die Genossenschaft "Energie in Bürgerhand" i.G. (EiB) hat in 4 Monaten 20 Millionen Euro von mehr als 3000 Menschen auf Treuhandkonten gesammelt, um sich beim Kauf des fünftgrößten Energieunternehmens in Deutschland - der Thüga AG - zu beteiligen. So sollen Millionenbeträge nicht länger in Konzernkassen versickern, sondern zurück in die Taschen der Bürger vor Ort fließen.

Die Genossenschaft "Energie in Bürgerhand" (EiB) möchte sich an der "neuen" Thüga beteiligen und "frischen sozialen und ökologischen Wind" in die kommunalen Unternehmen bringen. Ziel der "Energie in Bürgerhand" ist es sich mit mindestens 100 Mio. Euro an der Thüga zu beteiligen. Je mehr Menschen EiB unterstützen, desto stärker wird die Position von EiB sich an der neuen Thüga AG beteiligen zu können.

Dr. Michael Sladek, Arzt, Mitarbeiter der EWS Schönau und Aufsichtsratsvorsitzender der EiB sagt "Wir haben die einmalige Chance von unten her einen ökologischen Energiekonzern aufzubauen. Die Zeit ist reif dafür, dass Energiepolitik nicht mehr von oben verordnet wird."

Folgende Ziele können erreicht werden:

- Demokratisierung der Energiewirtschaft
- Dezentralisierung der Energieerzeugung
- Ausstieg aus der Atomenergie
- Förderung klimafreundlicher Stromerzeugung
- Ausbau der erneuerbaren Energielandschaft

- Förderung der Energieeinsparung und Energieeffizienz
- Ehrliche Preise und klare Strukturen
- Bürger vor Ort an Energiefragen stärker beteiligen

Alles in allem soll demnach mit Gründung der Genossenschaft die Idee einer ökologischen und zukunftsweisenden Energiewirtschaft vorangebracht werden. Jeder kann als gleichberechtigtes Mitglied der Genossenschaft beitreten. Er erhält unabhängig von der Höhe seines Anteils eine Stimme. So ist auch ausgeschlossen, dass sich Investmentgesellschaften einkaufen können, um unsere Ziele zu beeinflussen.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Buck
Fraktionssprecher

Dieser Antrag gilt sinngemäß auch für die anderen zuständigen Gremien außer dem Gemeinderat. Wir bitten deshalb darum, den Antrag automatisch auch allen betroffenen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Dabei gilt die Antragstellung jeweils sinngemäß und auf die einzelnen Gremien in formal einwandfreier Form in übertragenem Sinne zugeschnitten.